

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

März 1979

Evangelische Verantwortung

Heft 3/1979

Herausforderungen unserer Zukunft

Liebe Leser!

In meinem Amt als Kultusminister eines großen Bundeslandes muß ich mich fast täglich mit der Frage auseinandersetzen, wie die Welt aussehen wird, in der die Jugend von heute einmal leben wird, und welche Erziehung wir ihr schuldig sind, damit sie sich in ihr zurechtfinden kann.

Für einen Politiker, der als Christ zu handeln versucht und dem es daher versagt ist, mit billigen Prophezeiungen oder gar mit einer geschlossenen, eindimensionalen Welt-Anschauung zu arbeiten, ist das eine Frage, der er sich nur mit größter Vorsicht nähern darf. Trotzdem wird er sich ihr auch nicht gänzlich entziehen können, wenn er seiner Verantwortung überhaupt gerecht werden will. Deshalb will ich mit den folgenden Zeilen wenigstens zwei Zukunftsentwicklungen darstellen, von deren Eintreten ich mit Sicherheit ausgehe. Ihnen werden wir uns nicht nur bei der Erziehung unserer Jugend zu stellen haben sondern auch in unserer eigenen Lebensgestaltung.

Zunächst: Wir sollten uns allmählich darauf einstellen, daß die Zeiten des stürmischen und fast unbegrenzten Wirtschaftswachstums zu Ende gehen, wenn sie nicht schon zu Ende gegangen sind. Verstehen wir uns recht: Ich gehöre nicht zu jenen voreiligen Kulturpessimisten, die unseren großen Wohlstand zugleich genießen und in Grund und Boden kritisieren. Ich glaube auch nicht, daß diejenigen recht haben, die von acht oder zehn Rohstoffen ausrechnen, wann sie voraussichtlich verbraucht sind, und die aus dem arithmetischen Mittel der Endzahlen errechnen wollen, wann es mit der westlichen Zivilisation zu Ende ist. Ich bin sogar davon überzeugt, daß wir noch lange einen wachsenden Wohlstand genießen werden und daß wir ihn brauchen, um die Aufgaben unserer Region im neu entstehenden Weltgefüge erfüllen zu können. Nur: Die Zuwachsraten werden kleiner werden — nicht nur wegen der Rohstoffpreise, die auf Dauer steigen werden (die neuerliche Bewegung auf dem Erdölmarkt ist nur ein Aspekt dieses Problems), sondern beispielsweise auch, weil in einer hungernden Welt die Lebensmittel-

importe, von denen wir leben, auf die Dauer ihr Preisniveau nicht werden halten können und weil — ein letztes Beispiel — auch die Exporte, aus denen unser augenblicklicher Wohlstand weitgehend sprießt, nicht auf Zeit und Ewigkeit gesichert sind. Nimmt man hinzu, daß innerhalb der Bundesrepublik Deutschland das Verhältnis zwischen der Investitionsrate und der Konsumrate nicht auf Dauer so bleiben kann, wie es ist, so erkennt man ohne weiteres, daß die Bürger

23. EAK-Bundestagung

Mit der Ausgabe 1—2/79 der Evangelischen Verantwortung erhielten unsere Leser Einladung und Programm zur diesjährigen Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, die unter dem Leitthema

Protestanten in der Union zu den Herausforderungen der Zeit

vom 2.—4. März in Wuppertal-Elberfeld/Stadthalle stattfindet.

Auch ohne vorherige Anmeldung ist eine Teilnahme an dieser Tagung noch möglich.

Das Anmeldebüro, welches sich im Foyer der Wuppertaler Stadthalle befindet, ist ab Freitag, dem 2. März, 15.00 Uhr geöffnet.

Wir laden Sie hiermit nochmals sehr herzlich zu unserer Bundestagung nach Wuppertal ein.

der kommenden Generationen aufs Ganze gesehen mit weniger auskommen müssen als wir Heutigen, und es könnte sein, daß diese Normalisierung eines in der ganzen Menschheitsgeschichte abnormen Lebensstils subjektiv nicht nur als Normalisierung, sondern als ein Ärmerwerden empfunden wird.

Wie wird er, wie werden wir selbst auf eine solche Entwicklung reagieren? Die übliche Antwort, daß die Verteilungskämpfe härter werden dürften, befriedigt

mich nicht, obwohl sie sicher nicht falsch ist; denn bei Licht betrachtet geht es ja nicht darum, auf welche Weise und mit wievielen Konflikten der „Kuchen“ verteilt wird, sondern darum, wie groß der „Kuchen“ selbst ist, und der wird bei harten Verteilungskämpfen erfahrungsgemäß eher noch kleiner.

Ich meine, es ist an der Zeit, wieder darüber nachzudenken und auch wieder darüber zu reden, daß Wohlstand und Reichtum im Leben des Menschen nicht alles sind und daß es Glück und Zufriedenheit im menschlichen Leben auch jenseits des Ökonomischen geben kann. Unsere Mütter und Väter wissen das aus eigener Erfahrung, aus der Zeit während und nach den beiden Weltkriegen und viele, besonders ältere Mitbürger leben es uns heute noch vor. Darauf sollten wir, so meine ich, unser Auge wieder mehr lenken, auch und gerade wenn wir an die ganz große Krise unseres Wirtschaftssystems nicht glauben.

Deshalb plädieren die Unionsparteien heute in vielen Bundesländern für eine Stärkung der musischen und sportlichen Fächer an den Schulen. Wer darin nur eine Antwort auf den oft beschworenen und noch öfter herbeigeredeteten Schulstreß erblickt, geht am wesentlichen vorbei. In Wirklichkeit geht es darum, in den Schulen der Jugend und in den Einrichtungen der Erwachsenenbildung den Älteren Wege zu einer erfüllten und von Erfolgserlebnis gekrönten Gestaltung ihres Lebens und vor allem ihrer Freizeit zu weisen.

Deshalb setzen sich die Unionsparteien beispielsweise auch für das Recht der sogenannten freien Träger im diakonischen Bereich ein. Gewiß richtet sich dieser Kampf auch gegen Uniformität und Bürokratismus. Aber ebenso sicher geht es auch darum, Felder für den Einsatz des einzelnen Menschen im Dienst an seinem Nächsten offenzuhalten oder, wo nötig, wieder zu gewinnen. Denn auch hier finden Menschen in wachsender Zahl wieder eine Lebensaufgabe außerhalb des Ökonomischen, auch hier finden sie das Glück und den Erfolg, die ihnen anderswo vielleicht versagt bleiben.

Deshalb verstärkt die CDU/CSU schließlich auch ihren Kampf für die Erhaltung, ja Wiederherstellung der Familie. Denn auch sie hat nicht nur „gesellschaftspolitische“ Bedeutung als Quelle des Nachwuchses und als der wirklich entscheidende Erziehungsfaktor, sondern sie ist über alle Unkenrufe der vergangenen Jahre hinweg immer noch der Ort, an dem die meisten Menschen ihr persönliches Glück und ihre persönliche Befriedigung finden, wiederum jenseits aller ökonomischen Aspekte.

Die drei Beispiele, die ich hier aufgezählt habe, beschreiben das Problem sicherlich nicht vollständig. Aber sie zeigen doch, worum es uns gehen muß. Wenn alle Schulen und alle Massenmedien unseres Staates der kommenden Generation dieses Wissen vermitteln würden, hätten sie wirkliche Erziehungsarbeit geleistet. Dann würde übrigens auch der Europawahl-Slogan der CDU – „Glück für die Menschen“ (und gerade nicht „Wohlstand für die Menschen“) – nicht so traurig mißverstanden, wie es immer wieder geschieht.

Lassen Sie mich jetzt noch auf einen zweiten Entwicklungstrend eingehen. Unsere Zukunft mag zwar

etwas weniger wohlhabend werden als die Gegenwart – weniger kompliziert wird sie gewiß nicht. Die Technik wird sich weiter entwickeln, wie sie es bisher getan hat. Die Arbeitsteilung, die immer mehr Menschen das Erlebnis ihres persönlichen Erfolges im beruflichen Leben raubt, wird ebenfalls fortschreiten. Das Wissen der Menschheit wird weiter so rapide wachsen, daß der Anteil des einzelnen auch beim besten Ausbau unseres Bildungswesens ständig sinken muß, und ob der Abbau der oft fast mutwillig erzeugten Bürokratie, den die Unionsparteien neuerdings propagieren, möglich sein wird, muß sich auch erst noch herausstellen.

Mit diesen wenigen Strichen ist das Problem, um das es hier geht, sicher nicht vollständig beschrieben. Aber es wird doch klar, was gemeint ist und warum es im Endergebnis sicher richtig ist, für die Zukunft eine weitere Zunahme der „Komplexität“ vorherzusagen. Dann muß man sich aber auch klar machen, was das für den einzelnen Menschen bedeutet. Für ihn wird die Welt, in der er lebt und in der er sich zurechtfinden soll, immer weniger verständlich, immer weniger durchschaubar, und die Frage ist zumindest berechtigt, ob er damit nicht auch in der Gefahr ist, geistig heimatlos und orientierungslos zu werden.

Bisher haben viele geglaubt, dieser Entwicklung mit mehr Bildung und mehr Information, d. h. mit mehr Rationalität begegnen zu können. Niemand wird vernünftigerweise gegen mehr Bildung und Information sein. Aber in einer Welt, in der sich das Wissen der Menschheit, wie gesagt wird, alle zehn Jahre verdoppelt (was beim Unterrichtsstoff unserer Schulen mit Sicherheit nicht möglich ist), ist das gewiß kein Weg, um das Gefühl des Ausgeliefertseins an irgendwelche Mächte oder Trends zu bekämpfen, das schon heute viele Menschen beherrscht.

In den vergangenen Jahren haben wir ja erlebt, wie sensible junge Menschen auf diese subjektive Erfahrung reagiert haben.

– Die einen haben sich Weltanschauungen angeschlossen, die, wie veraltet sie sein mögen, ihnen den Schein eines geschlossenen Weltbildes und damit die Chance vorgaukelten, sich an Hand eines einfachen Deutungsschemas in ihrer undurchschaubaren Welt zurechtzufinden. Die sonst ganz unverständliche Reprise des Marxismus läßt sich nur so verstehen; dasselbe gilt für die Jugendsekten, jedenfalls für die anspruchsvolleren unter ihnen.

– Für die anderen dagegen gab es nur noch die Flucht aus der Welt der Wirklichkeit, gleichgültig ob er in die Scheinwelt nach außen abgekapselter Lebensgemeinschaften, in den Drogenkonsum oder in den Selbstmord führte.

Was folgt daraus für uns, vor allem für unsere Arbeit in Bildung und Erziehung?

Es könnte sein, daß wir – sowohl als Eltern wie auch als Lehrer – unsere Kinder wieder zu mehr psychischer Widerstandsfähigkeit erziehen müssen, als wir es in den vergangenen Jahren mitunter getan haben. Das soll nun keineswegs ein Aufruf zu einer Erziehung nach dem Motto sein: „Gelobt sei, was hart macht.“ Denn der Vorwurf, wir hätten in den letzten Jahren eine „wehleidige Generation“ herangezogen, trifft den Kern der Dinge sicher auch wieder

nur zur Hälfte. Die psychische Widerstandsfähigkeit, die ich meine, hängt zwar auch damit zusammen, daß man Kinder nicht auf das Leben vorbereitet, wenn man ihnen jede Schwierigkeit aus dem Wege räumt — die antiautoritäre Erziehung, die für manche außer Rand und Band geratenen Kreise unseres Volkes der letzte Schrei war, hat sich längst von selber totgelaufen. Psychische Widerstandsfähigkeit gewinnt der junge Mensch genau so aus der personalen Zuwendung seiner Eltern und Lehrer, aus dem Heranwachsen in einer größeren Familie, aus dem Bewußtsein, in seiner Familie und seinem Zuhause geborgen zu sein. Hier schließt sich der Kreis zu dem, was ich oben über die Familienpolitik im allgemeinen gesagt habe.

Und noch ein Letztes sollten wir, gerade als Christen wieder mehr bedenken: daß die Widerstandsfähigkeit, von der hier die Rede ist, auch aus dem Glauben erwachsen kann. Die Geborgenheit des Gläubigen kann mehr als alles andere jenes Glück und jene Zufriedenheit geben, deren wir in einer Zeit geringer werdenden Wohlstandes bedürfen, und sie kann ein Richtstern in einer Welt sein, die immer

undurchschaubarer, der menschlichen Rationalität immer weniger zugänglich wird. Traugott Bender, der viel zu früh verstorbene Vorsitzende unseres badischen Landesarbeitskreises, ist in den letzten Monaten seines Lebens nicht müde geworden, seinen politischen Freunden und vor allem uns Bildungspolitikern eine für ihn entscheidende Forderung einzuhammern: Wir sollten unserer Jugend, wo immer wir an ihrer Erziehung beteiligt seien, die „Chance der Transzendenz“ offenhalten, nicht im Sinne einer staatlich verordneten oder auch nur staatlich eingetrichterten Weltanschauung, wohl aber als freies Angebot aus der Wirkung des Vorbildes. Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Roman Jurek

Aus unserer Arbeit

„Die Neuen Jugendreligionen — eine Herausforderung an Kirche und Gesellschaft“

Pinneberg: Das Erstarken der Jugendreligionen ist kein Sektenproblem, sondern ein intellektuelles, vor allem der Schüler von weiterführenden Schulen und Studenten, die vergeblich Rat und Hilfe suchen, aber niemanden finden, der ihnen verbindlichen und wegweisenden Rat erteilt. Diese Feststellung traf Pfarrer Dr. Bolewski, Lehrbeauftragter an der Universität Hannover in einem Vortrag vor der Jungen Union und dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU im Kreis Pinneberg zu dem Thema „Die Neuen Jugendreligionen, eine Herausforderung an Kirche und Gesellschaft“.

Bolewski gab anfangs einen Überblick über die unterschiedlichsten Sektengruppen und befaßte sich sodann intensiv mit der Frage, warum sich die Jugend in so starkem Maße den Jugendreligionen zuwendet. Er machte dafür den Ausverkauf der Werte und Normen unserer Zeit verantwortlich. Dies ist in der Bundesrepublik im wesentlichen dadurch bedingt, daß an unseren Schulen das Fach Religion, das als einziges noch die Möglichkeit hätte diese Problematik zur

Sprache zu bringen, vernachlässigt wird, da es in der Kultuspolitik auf geringes Interesse fällt.

Allen Jugendsekten ist die autoritäre Führung mit dem Ziel einer starken Kaderbildung und Disziplinierung gemein. Sie leben vom unverkennbar starken Substanzverlust der großen Institutionen Staat, Kirche und Familie. Einen wesentlichen Grund dieses Verlustes sah Bolewski in der fortgesetzten massiven öffentlichen Kritik am Staat. Die Institutionen müßten aber gerade vertrauenswürdig sein, das sind sie heute offenbar nicht. Dies abzustellen ist eine schwierige, aber lösbare Aufgabe, dazu bedarf es vor allem besserer geistiger Lösungen und politischer Fantasie. Das gelte auch für die Kirche, die zunehmend Träger moderner Aktivitäten geworden ist und darauf — so stellte Bolewski fest — nicht genügend vorbereitet war. Die Vertrauenswürdigkeit der Kirche ist heute aber das komplexe Thema, denn die Kirche muß wieder zu ihren Aufgaben zurückfinden, will sie den religiösen Bedürfnissen der heutigen Jugend gerecht werden. Sinnfragen sind nun einmal nicht wissenschaftlich lösbar.

Angesichts der totalen Beherrschung der Jugendlichen durch die Sekten beantwortete Bolewski die

Frage, ob Jugendreligionen verboten werden könnten. Hierbei handele es sich um ein besonderes Problem der Rechtsfreiheit. Das Grundgesetz sichere jedem Bürger die Religionsfreiheit zu. Es gelte dieses hoch geschätzte Gut zu verteidigen, man könne es daher bestimmten Gruppen nicht nehmen. Hieran zeige sich aber, wie sehr Politik und Kirche, aber auch Elternhaus gefordert wären zu einer geistigen Auseinandersetzung.

Aus dem Inhalt

Herausforderungen unserer Zukunft	1
Aus unserer Arbeit	3
Buchbesprechungen	4
Richard von Weizsäcker — Kämpfer für die Freiheit in Berlin	5
Innerkirchliche Polemik mitschuldig an Kirchaustritten	6
Kirchen protestieren gegen Christenverfolgung in Äthiopien	6
Europa — eine Aufgabe für die evangelische Kirche? Hans-Martin Pawloski	7
Aus unserer Arbeit	9
Kurz notiert	11
Zum Tode von Traugott Bender	12

Buch- besprechungen

Luise Habel: Hergott, schaff die Treppen ab! Erfahrungen einer Behinderten. 210 Seiten, kt., 12,80 DM. Kreuz Verlag Stuttgart – Berlin

Diese Lebensbeschreibung nennt beim Namen, was Behinderten Mühe macht: vor allem ihr ständiges Angewiesensein auf fremde Hilfe. Luise Habel meint, nicht die Behinderung ist schließlich ausschlaggebend für Gelingen oder Mißlingen des Lebens, sondern es sind die mitmenschlichen Beziehungen. Sie zu ermöglichen und zu verbessern, ist das Anliegen dieses Buches.

So wie sie lebt, so schreibt Luise Habel auch: beherzt, couragiert, intelligent und mit Humor. Denn das ist das Entscheidende, was Nichtbehinderte von dieser Frau lernen können: Die ausschlaggebenden Fragen des menschlichen Daseins werden von Behinderten oft genug klarer und befriedigender beantwortet, als sogenannte Gesunde es vermögen.

Gerhard Bergmann: Christentum und Sozialismus – unvereinbar? 190 Seiten, Paperback, TELOS, Hänssler-Verlag, Neuhausen-Stuttgart.

Sozialismus und Kommunismus sind von Laien oft verwechselt worden. Mangelnde Sachkenntnis führte dazu, daß aus christlicher Sicht entweder falsch oder gar nicht mehr argumentiert werden konnte.

Sozialismus muß aber differenziert gesehen werden. Wie ist er entstanden? Wie prägt er das politische Leben der Gegenwart? Sind Sozialismus und Christentum unvereinbare Gegensätze?

Mit großer Sachlichkeit bemüht sich Dr. Bergmann um dieses Thema. Es ist eines der wichtigsten unserer Zeit. Es geht ihm darum, die geistigen Wurzeln der Vergangenheit freizulegen, die Gegenwart zu verstehen und Wege in die Zukunft zu weisen.

Ein wichtiges Buch für alle, die Zusammenhänge verstehen möchten. Und für Leute, die als Christen eine begründete Stellung beziehen möchten.

Dieses Buch ist gerade auch empfehlenswert im Hinblick auf die 23. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Wuppertal, zumal der Verfasser Dr. Gerhard Bergmann im Arbeitskreis „Herausforderung der Zeit – Der Marxismus“ mitwirkt.

Harvey Cox: Licht aus Asien – Verheißung und Versuchung östlicher Religiosität. Aus dem Amerikanischen übersetzt von W. Simpfendorfer. 220 Seiten, kt., glanzfolienkaschiert, Kreuz Verlag Stuttgart – Berlin, 21,- DM.

In Deutschland wie in Amerika erleben wir zur Zeit, wie die verschiedenartigsten Formen östlicher Religiosität viele und besonders junge Menschen in hohem Maße faszinieren. Harvey Cox, der international bekannte amerikanische Theologe, hat sich selbst dieser Faszinationskraft ausgesetzt. In seinem o. a. Buch berichtet er von langen Gesprächen mit Hare-Krishna-Jüngern, von seinen Erfahrungen mit Frömmigkeitsübungen buddhistischen und hinduistischen Ursprungs und von Experimenten mit bewußtseinserweiternden Drogen. Dabei stößt er auf das entscheidende Problem, „daß die kulturelle Schranke, die das Licht aus

Asien durchdringen muß, wie ein starkes Prisma wirkt“.

Ein Buch, das gerade angesichts der auch in unserer Gesellschaft verstärkter diskutierten Frage nach den neuen Jugendreligionen von besonderer Aktualität ist.

Karl Dipper: Gerechtigkeit für Israel – Gottes Volk braucht sein Land, 270 Seiten, Paperback, ABC-team, R. Brockhaus-Verlag Wuppertal, 14,80 DM.

Israel – ein „Bollwerk des Imperialismus“ im Nahen Osten?

– ein „Rassenstaat“? – eine neue „Kolonialmacht“? –

– ein von „Eroberungsdrang“ getriebener „Aggressor“? –

schuldig am Elend palästinensischer Flüchtlingslager?

So jedenfalls hört man es heute von allen Seiten. Doch stimmt das? Steht der heilsgeschichtliche Weg Israels im Widerspruch zum Völkerrecht? Der Verfasser weist anhand vieler Quellen nach, daß Israel einen biblischen, politischen und völkerrechtlichen Anspruch auf sein Land hat.

„Biblisch fundiert, mit der Geschichte Israels genau vertraut, mit einer Fülle von Zitaten belegt, ist dieses Buch eine Fundgrube für jeden, der sich als Christ mit der Frage befaßt: Was hat es zu bedeuten, daß dieses Volk das unauslöschliche Siegel der Erwählung trägt, auch wenn es den Glauben der Christen, daß der Messias bereits gekommen ist, (noch) nicht teilt?“

Unsere Autoren:

Professor Dr. Hans-Martin Pawlowski
Siegfriedstraße 11, 6905 Schriesheim
Kultusminister
Professor Dr. Roman Herzog
Schloßplatz 4, 7000 Stuttgart 1

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU sucht für

leitende Tätigkeit

in seiner Bundesgeschäftsstelle einen begabten und qualifizierten jüngeren Mitarbeiter mit abgeschlossenem Hochschulstudium und bereits erworbener Berufserfahrung. Die Position bietet die Möglichkeit einer weitgehend selbständigen Tätigkeit – sie setzt allerdings Leistungsbereitschaft und Entscheidungsfreudigkeit sowie Interesse für die im Spannungsfeld von Kirche und Politik liegende Aufgabenstellung des Arbeitskreises voraus.

Über alle weiteren Einzelheiten sprechen wir gerne mit Ihnen persönlich.

Zur Vorbereitung dieses Gespräches erbitten wir Ihre ausführlichen Unterlagen einschließlich Ihrer Gehaltsvorstellungen an die Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, zu Hd. Herrn Dr. Peter Egen – persönlich, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1.

Richard von Weizsäcker — Kämpfer für die Freiheit in Berlin

Dr. Richard von Weizsäcker, Mitglied des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU ist Spitzenkandidat der Berliner CDU für das Amt des Regierenden Bürgermeisters bei den Wahlen am 18. März 1979.

Die Evangelische Verantwortung ruft ihre Leser bundesweit auf, über Freunde und Bekannte in Berlin viele Stimmen für Richard von Weizsäcker zu mobilisieren, denn er ist eine überzeugende Alternative gegenüber dem bisherigen Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe, SPD.

Umfrage: Richard von Weizsäcker hat größere Weitsicht

Der Spitzenkandidat der Berliner CDU, Richard von Weizsäcker, liegt in der Gunst der Berliner weit vor dem Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe (SPD).

Das geht aus einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach hervor, die am 15. Januar abgeschlossen wurde. Auf die Frage, welchem der beiden Politiker man die „größere Sachkenntnis“ zutraue, gaben die Befragten dem CDU-Politiker 13 Prozent-Punkte Vorsprung vor Stobbe (36 zu 23). „Größere Weitsicht“ bescheinigten von Weizsäcker 35 Prozent, Stobbe dagegen 30 Prozent. 35 Prozent der Befragten meinen, daß der CDU-Kandidat den „größeren Überblick“ für die Folgen bei Ostverhandlungen habe. Von Stobbe meinten das nur 23 Prozent.

Auch die positive Einstellung zum Berliner Senat hat sich gewandelt. Während 1974 rund 42 Prozent dem Senat die Note „im großen und ganzen gut“ verliehen, sind es jetzt nur noch 39 Prozent. Auch die Zufriedenheit mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz war damals mit 46 Prozent größer, denn Stobbe erreicht heute nur 38 Prozent.

Weizsäcker fordert von Stobbe Distanzierung — unglaubliche Schmidt-Äußerung —

Der CDU-Spitzenkandidat von Weizsäcker hat den Regierenden Bürgermeister Stobbe aufgefordert, sich von der Erklärung von Bundeskanzler Schmidt „eindeutig und

öffentlich zu distanzieren“, daß ein Sieg der CDU in Berlin „die westliche Welt irritieren“ würde.

In einem offenen Brief an Stobbe schrieb Weizsäcker, für solche Befürchtungen gebe es „nicht den Schatten eines Grundes“. Schmidt habe mit seiner Äußerung nichts anderes getan, als die Westmächte mit ihrem Engagement für Berlin ins Gerede zu bringen, und zwar in einem Wahlkampf, von dem der Bundeskanzler wisse, daß die Alliierten sich in ihn nicht einschalten können und wollen.

„Bundeskanzler Schmidt hat es damit für richtig gehalten, die Maßstäbe verantwortlicher Außenpolitik zu vernachlässigen, um den innenpolitischen Gegner im Wahlkampf zu diffamieren. Dem Bundeskanzler fehlt offenbar das Gespür oder der Wille, die in Berlin stets von allen Parteien beachtete Gemeinsamkeit in unserer Haltung gegenüber unseren Freunden aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich einzuhalten.“

Damit habe der Bundeskanzler Berlin einen schweren Schaden zugefügt. „Ich fordere Sie als den Spitzenkandidaten der Berliner SPD auf, sich von der Erklärung des Bundeskanzlers eindeutig und öffentlich zu distanzieren. Ich fordere Sie als Regierenden Bürgermeister auf, von Berlin den Schaden abzuwehren, den der Bundeskanzler unserer Stadt aus Wahlkampfgründen zufügt. Es liegt in Ihrer Verantwortung, gegenüber der Bevölkerung unserer Stadt und gegenüber unseren westlichen Freunden die durch die Äußerung des Bundeskanzlers Schmidt entstandene Lage zu bereinigen“, schrieb Weizsäcker.

170 Teilnehmer beim 1. Berliner Gespräch

Ein Christ kann sich nicht aus der Politik heraushalten, da man nichts für den anderen Menschen tun könne, ohne seine politischen und sozialen Lebensumstände zu kennen, erklärte Richard von Weizsäcker MdB, Berlin, beim 1. Berliner Gespräch des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in der Kongreßhalle. Der Politiker, auch Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, warnte jedoch davor, die Kirche zu politischen Zwecken zu mißbrauchen. Dennoch trete er mit „voller Überzeugung“ für die Existenz des Weltkirchenrates und die Mitgliedschaft der deutschen Kirchen ein. Die gegenwärtige Krise der ökumenischen Organisation führte er vor allem auf „Verständnisschwierigkeiten“ zurück. Es sei in den letzten Jahren nicht zuviel, sondern zuwenig „christlich gestritten worden“.

Im Blick auf die Grundwerte kritisierte Weizsäcker, daß die Kirche sich zu spät und zu wenig in die seit langem begonnene Debatte „eingeschaltet“ habe, obwohl ihr Beitrag hier notwendig sei.

Zuvor hatte Pfarrer Dr. Hans Bolewski, der ehemalige Direktor der Evangelischen Akademie Loccum zum Thema „Positionen unserer Kirche aus theologischer Sicht“ Stellung genommen.

Der Berliner Superintendent Heinz Schladebach trat in einem „geistlichen Wort“ zu Beginn der Veranstaltung für eine klare Trennung des Amtes des Politikers und des Pfarrers ein.

Innerkirchliche Polemik mitschuldig an Kirchengaustritten

Hannover: „Kirche und Theologie werden besser als bisher deutlich zu machen haben, daß es ihnen in politischen und gesellschaftlichen Streitfragen um einen speziellen kirchlichen Beitrag geht“, erklärte kürzlich der Vizepräsident der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), D. Erwin Wilkens, Hannover. Wilkens beklagte, daß es „eine zu große Freudigkeit“ besonders von Synoden gebe, „zu allen möglichen politischen und gesellschaftlichen Fragen auch mit einem kirchlichen Wort zur Stelle zu sein, selbst dann, wenn man nichts Neues zu sagen hat“. „Nicht wenige“ Einzelpersonlichkeiten und Gruppen würden sich „laufend mit ihren Äußerungen außerhalb einer kirchlichen und theologischen Selbstkontrolle begeben“.

Nach Auffassung von Wilkens besteht eine breite Übereinstimmung darin, daß der „kirchliche Dienst am Menschen dessen äußere Lebensbedingungen nicht außer acht lassen darf“. Die EKD müsse aber zur Kenntnis nehmen, daß es ihr nicht gelungen sei, ihr Verständnis einer politischen Mitverantwortung der Kirche „allgemein über-

zeugend zu vertreten“. An dieser Stelle drohe der Volkskirche eine große Gefahr. Dabei könne der Streit „vernünftigerweise“ nur darum gehen, auf welche Weise und in welchem Umfang sich kirchliche Mitwirkung auf politische Fragen erstrecken dürfe. Die „Polemik der letzten Jahre auf diesem ganzen politischen Felde“ nannte Wilkens „kein Ruhmesblatt“. Sie habe viel „zur Verwirrung“ in den Gemeinden beigetragen und sei mitschuldig an den erhöhten Kirchengaustrittszahlen. Den Vorwurf verschiedener evangelikaler Kreise, die evangelische Kirche stehe links und sei politisiert, wies Wilkens zurück. Gegenwärtig hat es die evangelische Kirche nach Ansicht von Wilkens „besonders mit der Gefahr einer die Gemeinschaft sprengenden Polarisierung zu tun, der man von beiden Seiten her mit einem Ausschließlichkeitsanspruch für den eigenen Standpunkt begegnen möchte“. Die einen bekämpften die „Politisierung der Kirche“ und den „Verrat des Evangeliums an den Zeitgeist“, die anderen den „Rückzug in die private Innerlichkeit“. Hierbei müsse man sich klar machen, daß es Unterschiede in Theologie und Ver-

kündigung von Anfang an gegeben habe. Angesichts der großen Aufgaben und Möglichkeiten, vor denen die Kirche heute stehe, benötige sie den geistlichen Wettbewerb mehr als den parteiischen Eifer. Bei Abweichungen von der kirchlichen Lehre halte er Strafmaßnahmen nur in äußersten Fällen für ratsam. Er ziehe es vor, „wieder stärker den Weg brüderlicher Zurechtweisung zu gehen“.

Als Maßstab für die Beurteilung der kirchlichen Situation bezeichnete Wilkens den Auftrag, „allen Menschen das Heil zu verkündigen, das Gott in Jesus Christus angeboten hat und immer wieder anbietet, und diejenigen, die dieses Angebot annehmen, zu einer Gemeinschaft zusammenzuführen“. Es gibt – so Wilkens – „viele Anzeichen dafür, daß sich das Leben der Kirche an dieser Mitte neu orientiert“. Neben der Absage an die kirchliche Gemeinschaft zeigten sich neue Hinwendung und Bereitschaft zu verantwortlicher Mitarbeit. Dieses neu sich regende geistliche Leben bedürfe der Pflege, an der sich auch die innerkirchliche Auseinandersetzung orientieren müsse.

Kirchen protestieren gegen Christenverfolgung in Äthiopien

Bonn/Berlin/Stockholm: Immer mehr Kirchen protestieren gegen die gegenwärtige Christenverfolgung in Äthiopien. So hat der schwedische Ökumenische Rat der Kirchen jetzt in einem Schreiben an die äthiopische Regierung seine „Überraschung und Bestürzung“ über Berichte bekundet, nach denen Christen in südlichen und zentral gelegenen Teilen Äthiopiens verfolgt werden. Die äthiopische Regierung wird dazu aufgefordert, „sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um der Diskriminierung oder Verfolgung in Äthiopien Einhalt zu gebieten“. In Deutschland rief die Ver-

einigung Evangelischer Freikirchen auf ihrer Vorstandssitzung in Berlin zur „anhaltenden Fürbitte“ für die um ihres Glaubens willen bedrängten Christen in Äthiopien auf. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof D. Helmut Claß, Stuttgart, äußerte zur Situation in Äthiopien in einem ökumenischen Gottesdienst Ende Januar in Bonn, zahllose Kirchen würden „geplündert und geschlossen, Menschen im Gottesdienst verhaftet, ins Gefängnis geschleppt und gefoltert“. In der Bale-Provinz müßten sich beispielsweise „alle evangelischen Christen

15 Tage lang einer Gehirnwäsche unterziehen und sich umerziehen lassen im Sinn des wissenschaftlichen Sozialismus“. Wer nach diesen Tagen immer noch an seinem Glauben festhalte, solle erschossen werden. So sind nach Angaben von Bischof Claß bereits 40 Menschen zum Tode verurteilt worden. Auch Gunnar Hasselblatt vom Berliner Missionswerk erklärte am 2. Februar im „Kirchenreport“ des Rias Berlin, die Christenverfolgungen in Äthiopien hielten mit unverminderter Grausamkeit an. Ungefähr 40 Prozent der äthiopischen Bevölkerung von 27 Millionen sind Christen.

Europa — eine Aufgabe für die evangelische Kirche?

Hans-Martin Pawlowski

Der Juni 1979 und damit der Zeitpunkt der ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament rückt immer näher. Das gibt uns Anlaß zu einigen grundsätzlichen Anfragen an die evangelische Kirche. Diese sind dadurch veranlaßt, daß wir die Politik als ev. Christen — und d. h. als Glieder unserer Kirche — betreiben oder bedenken und daher für beide Sorge tragen müssen, für Kirche und Staat.

Professor Dr. Hans-Martin Pawlowski, stellvertretender Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises in Baden, setzt sich nachfolgend mit diesem für uns evangelische Christen außerordentlich wichtigen Problemkreis auseinander.

Man könnte zwar geneigt sein, dieser europäischen Wahl zu einem Parlament, das keine besonderen Kompetenzen hat, nur wenig Bedeutung beizumessen. Und wir haben den Eindruck, daß bei vielen unserer Mitbürger und auch bei den ev. Kirchen in Deutschland diese Meinung vorherrscht. Man muß sich aber darüber klar sein, daß die Bildung eines neuen, politisch legitimierten Organs in Europa jedenfalls dazu führen kann — und nach unserer Auffassung dazu führen sollte — daß sich die politischen Verhältnisse in Europa entscheidend ändern. Man sollte nämlich davon ausgehen, daß dem neuen Parlament eine entscheidende Bedeutung zukommen wird, weil nur diese Einstellung mit Hoffnung verbunden ist und nicht nur auf — vielleicht verständlicher — Resignation (Hoffnungslosigkeit) beruht. Und es hängt nicht zuletzt von diesen unseren Erwartungen ab, ob sich durch die Direktwahl in Europa Entscheidendes ändert. Denn diese Erwartungen werden die Höhe der Wahlbeteiligung beeinflussen. In diesem Zusammenhang kommt es daher auch auf die Erwartungen und die Haltung der Kirchen an, die ihre Mitglieder informieren können.

Unter den Kirchen hat nun die katholische Kirche zu diesem neuen Europa der Neun ein eigenes Verhältnis, das bestimmt ist durch

ihre Tradition des „christlichen Abendlandes“ oder, etwas pointiert ausgedrückt: des „Europas Karls des Großen“. Das Verhältnis der ev. Kirche zu diesem „Rumpfeuropa“ ist dagegen sehr viel komplizierter — gebrochener. Europa ist für den ev. Bereich vordringlich Mittel-, Nord- und Osteuropa, weniger West- und Südeuropa. Und wenn die nicht-katholischen Kirchen auch mit dem ökumenischen Zentrum in Brüssel unter Marc Lendes eine gewisse organisatorische Verbindung zu der Gemeinschaft der Neun haben, die jetzt wohl ausgebaut werden soll, so scheint uns doch in dieser Hinsicht manches offen zu bleiben — weil nämlich die grundsätzliche Haltung gegenüber diesem entstehenden Gebilde nach unserem Eindruck noch nicht genügend überdacht zu sein scheint. Man trifft nämlich im ev. Bereich bei Gesprächen über das neue Europa immer wieder auf die Bemerkung, daß die ev. Kirchen im Hinblick auf Europa vor allem die Aufgabe hätten, dafür Sorge zu tragen, daß durch die engere Verbindung zu diesem Rumpfeuropa nicht die — noch — bestehenden Verbindungen zu Nord- und Osteuropa gelockert oder gar gelöst werden. Denn wenn auch mit diesem Hinweis unzweifelhaft eine wichtige Aufgabe der ev. Kirchen angesprochen wird, so ist doch nicht zu übersehen, daß er andererseits immer wieder deutlich macht, daß man noch nicht genügend beachtet, daß es bei dem Europa der Neun jetzt um eine andere Dimension — und damit um andere Probleme geht als bei den Beziehungen zu Ost- und Nordeuropa, zu dem wir naturgemäß andere Beziehungen haben als zu Indien oder Südafrika. Denn im Hinblick auf die neue Organisation geht es um das Verhältnis unserer Kirchen zu unserem kommenden Staat, geht es um Innen- und nicht um Außenpolitik. Das Verhältnis zum neuen Europa muß sich daher nach dem bestimmen, was man im Verhältnis von Staat und Kirche für richtig hält.

Und hiermit scheint uns, den ev. Kirchen, eine besondere Aufgabe zukommen — das nämlich deshalb,

weil sich die Vorstellungen und Lehren der ev. Kirchen von denen der katholischen Kirche nicht zuletzt in den Lehrbereichen unterscheidet, in denen es um das angemessene Verhältnis von Kirche und Staat geht. Und es ist gerade dieser Aspekt, der uns noch nicht genügend thematisiert zu sein scheint und der auch mit einer Reihe theoretischer und vor allem mit praktischen Schwierigkeiten verbunden ist. Diese Schwierigkeiten drücken sich nicht zuletzt in der europäischen Parteienstruktur aus: Die sog. christdemokratischen Parteien sind überwiegend — wenn man einmal von den Niederlanden und Deutschland absieht — „katholische“ Parteien. Und sie werden zudem auch von den „weltlich“ organisierten Parteien der ev. Länder als „katholische“ (d. h. „nur konfessionsbestimmte“) Parteien wahrgenommen. Anders ausgedrückt: Ein Europa der Neun bringt in gewisser Hinsicht die Gefahr einer starken Konfessionalisierung mit sich — nicht der „Kirchlichkeit“, aber der politischen Ansätze. Es war nun bekanntlich ein Verdienst der CDU/CSU, daß nach 1945 aufgrund der leidvollen Erfahrungen der Vergangenheit der Gegensatz zwischen politischem Katholizismus und politischem (weltlich organisiertem) Protestantismus in Deutschland abgebaut worden ist — wenngleich dieser Gegensatz latent immer noch vorhanden ist: Diese Aufgabe des Abbaus der politischen Konfessionalisierung ist nicht auf „ewig“ gelöst. Und diese von der CDU/CSU für Deutschland erreichte politische Haltung hat den verfaßten Kirchen gegenüber der Politik eine gewisse Freiheit verschafft, eine Freiheit, die sie andererseits aber auch immer wieder durch eigene Anstrengungen garantieren müssen, indem sie sich von politischer Identifizierung frei machen, die ihrer eigenen Aufgabe schadet. Diese Freiheit der Kirchen von politischer Bindung ist nun im Rahmen des Europas der Neun noch nicht erreicht. Sie wäre aber eine Haltung, die auch für dieses neue staatliche Gebilde zu wünschen wäre oder — minimal ausgedrückt — von der zu wünschen wäre, daß

sie nicht durch Rückwirkungen auch für Deutschland wieder gefährdet würde.

Für die Kirchen heißt das: Was zu klären wäre — auch und gerade durch theologische Arbeit — ist das Verhältnis der europäischen Kirchen zum entstehenden europäischen Staat. Und hier geht es nicht nur um Gedanken über dieses Thema, sondern auch und vor allem um die Entwicklung eines organisatorischen Konzeptes, das natürlich eine gedankliche Konzeption voraussetzt. Geregelter Beziehungen setzen aber immer Organisation voraus. Die Entwicklung einer derartigen neuen Konzeption ist nämlich deshalb erforderlich, weil das Staatskirchenrecht eines der Regelungsgebiete ist, auf dem sich die Mitglieder des neuen Europa sehr unterscheiden: In England besteht eine Staatskirche; die Verhältnisse in Frankreich werden durch die Idee der Trennung von Staat und Kirche bestimmt; bei uns geht man (noch?) davon aus, daß sich Staat und Kirche als Partner gegenüberstehen usw.

Nun ist — wie ich im Gegensatz zu manchen meiner Freunde meine — die Kirche als Gemeinde Jesu Christi nicht auf ein besonderes Verhältnis zum Staat angewiesen, da sie von den Verheißungen Gottes lebt und getragen wird. Die Kirche ist nach ihrem Selbstverständnis nur dort, wo man dieser Verheißung glaubt. Dagegen ist der Staat nach unserer Überzeugung auf ein angemessenes Verhältnis zur Kirche angewiesen, wenn er ein freiheitlicher Staat sein und bleiben will. Und das gilt auch für Europa. Der Staat kann nur ein freiheitlicher — freier — Staat sein, wenn er ein „Gegenüber“ hat — einen Partner, der mit ihm und mit dem er über „seine“ Aufgaben sprechen kann, weil er nicht nur Sonderinteressen vertritt, sondern ebenso wie der Staat selbst auf die

„Allgemeininteressen“ ausgerichtet und dem „Allgemeinwohl“ verpflichtet ist. Diesen Partner findet der Staat nicht in den anderen Staaten, in deren „innere Angelegenheiten“ er sich nicht mischen darf, und auch nicht in den Interessenverbänden (Gewerkschaften, Unternehmerverbänden, Verbrauchergemeinschaften usw.), die immer nur Sonderinteressen vertreten, über deren Berechtigung der Staat entscheiden muß. Einen derartigen Partner, ohne den der Staat allein ist und sich so auf seinem Gebiet als einzigartig erfährt — als „der Höchste“ —, findet der Staat nur in den Kirchen. So gesehen ist es nicht unbedenklich, daß sich in den Programmen der europäischen Parteien (auch der europäischen CD) keinerlei Aussagen über das Verhältnis des werdenden Staates zu den Kirchen findet. Die Kirchen kommen in Europa nicht vor — anders als die Gewerkschaften. Man findet in dem Programm zwar den Bezug auf das Grundrecht der Religionsfreiheit; doch dieses Grundrecht bestimmt nicht das Verhältnis des Staats zu den Kirchen — wie ja auch in dem Programm die Gewerkschaften neben dem „Recht auf Arbeit“ etc. erscheinen.

Ich bin mir nun dessen voll bewußt, daß ein „europäisches Staatskirchenrecht“ eine sehr schwierige Sache ist. Den Mangel an Aussagen über das (organisatorische) Verhältnis von Staat und Kirche, den wir in den Programmen der europäischen Parteien finden, hat seine gravierenden politischen Gründe. Wir können nicht davon ausgehen, daß Europa sich den deutschen Verhältnissen anpaßt, die wir jedenfalls in der Vergangenheit als angemessen empfunden haben. Aber gerade deshalb, weil die Parteien — und auch die christlich-demokratischen Parteien — hier aus verständlichen Gründen eine gewisse Hilf- und Ratlosigkeit zeigen,

wäre es eine besondere Aufgabe der Kirchen, dieser Aufgabe nachzugehen und so dem werdenden Europa zu helfen. Die Kirchen können aufgrund ihrer Einrichtungen diese Hilfe auch leisten, nicht zuletzt infolge ihrer Ausrichtung an wissenschaftlicher Theologie, die Zugang zu den Erkenntnissen vermitteln kann, die wir in der Vergangenheit über das Verhältnis von Staat und Kirche gemacht haben.

Abschließend sei auf ein gewisses Eigeninteresse hingewiesen, das jedenfalls bei den deutschen ev. Kirchen in diesem Zusammenhang vorhanden sein sollte — das bereits im Zusammenhang mit der Parteienstruktur berührt wurde. Dem wohlverstandenen Interesse der Kirchen kommt nämlich der durch die CDU/CSU bewirkte Abbau der konfessionellen Parteigrenzen entgegen. Die west- und südeuropäischen Protestanten sind aber in ihrer Parteiprofilierung deutlich einseitig gebunden — was sich aufgrund der „europäischen Abstinenz“ der EKD auch im europäischen Zentrum in Brüssel bemerkbar macht. Eine Identifizierung z. B. von ev. Kirchen und Sozialismus, mit der wir uns ja auch bei uns manchmal auseinandersetzen müssen, wäre aber wohl kaum etwas, das in den Eigeninteressen der deutschen ev. Kirchen liegt. Es besteht jedoch die Gefahr, daß diese konfessionelle Polarisierung den deutschen evangelischen Kirchen von Europa her aufgezwungen wird. Wenn „evangelisch“ in einem europäischen (und d. h. dann: in unserem) Staat überwiegend „sozialistisch“ heißt, läßt sich die Rückwirkung auf Deutschland nicht ausschließen. Man kann dann nur noch „konservativ“ werden. Vielleicht wird von daher deutlich, in welchem Maße die Freiheitlichkeit des Staates davon abhängt, daß er ein angemessenes Verhältnis zu den Kirchen findet.

Kurz notiert

Im Gegensatz zu früher werden heute mehr katholische als evangelische Ehen geschlossen. Nach Informationen des Konfessionskundlichen Instituts, Bensheim, hatten die evangelischen Eheschließungen 1962 mit 213 389 einen Anteil von rund 40 Prozent, die katholischen mit 170 840 etwa 32 Prozent. 1976 ließen sich nur zu 29 Prozent

(105 952) evangelische und zu knapp 31 Prozent (112 808) katholische Paare trauen. Anteilmäßig zugenommen haben die evangelisch-katholischen Eheschließungen: Sie stiegen von fast 22 Prozent (116 002) 1962 auf 25 Prozent (91 244) im Jahre 1976. Insgesamt wurden 1976 365 728 Ehen begonnen.

Aus unserer Arbeit

Holocaust – heilsame Erschütterung

Bonn: Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Kultusminister Prof. Dr. Roman Herzog, erklärte im Zusammenhang mit der Holocaust-Serie, er begrüße die heilsame Erschütterung, die diese Serie bei vielen bisher Uninteressierten und Uniformierten hervorgerufen habe.

Nun gelte es aber, den nächsten Schritt zu tun: Die erneut aufbrechende Diskussion dürfe sich nicht in der Empörung über die Verbrechen des NS-Regimes, im Mitleid für die Opfer und in der Erörterung von Schuldfragen erschöpfen. Entscheidend komme es auch darauf an, zu erkennen, daß Vorgänge wie die in Holocaust geschilderten die zwingende Folge totalitärer Weltanschauungen und Staatsauffassungen seien und daß der bedingungslose Kampf gegen solche Heilslehren daher ein Gebot für alle Demokraten sei. Insofern setze Holocaust fort, was Archipel Gulag begonnen habe.

Herzog forderte die Massenmedien und die Schulen, aber auch die Einrichtungen der Erwachsenenbildung auf, das Problem des Totalitarismus in den kommenden Monaten und Jahren so zu behandeln, daß aus der Bewältigung der Vergangenheit wirksame Hilfen für die Zukunft erwachsen könnten.

Für stärkere Rückbesinnung auf christliche Werte

Obernhof/Lahn: Für eine stärkere Rückbesinnung auf christliche Werte in der Tagespolitik hat sich der Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Dr. Peter Egen, in der Bibelschule Klostermühle, Obernhof, eingesetzt. Wer die Kraft für sein Leben aus dem Evangelium beziehe, könne nur wenig Sinn für vordergründige politische Querelen haben – vielmehr gehe es ihm darum, zu politischen Sachaussagen aus christlicher Verantwortung zu kommen. Eine tiefere glaubens-

mäßige Bindung der Parlamentarier – so führte Egen aus – könne über alle Fraktionsgrenzen hinweg zugleich die Barrieren der Mißverständnisse verringern, den offenen Dialog fördern und eine gute Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens schaffen.

Hahn: Hohe US-Politiker bekennen ihren christlichen Glauben

Heidelberg: „Für den Europäer ist es überraschend, wie ganz selbstverständlich und unmittelbar sich hohe Politiker in den USA öffentlich zum christlichen Glauben bekennen und Gott als eine Realität in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens am Werk sehen.“ Dies erklärte jetzt der ehemalige baden-württembergische Kultusminister, Prof. Dr. Wilhelm Hahn, MdL, stellvertretender Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, nach seiner Rückkehr aus den USA, wo er zusammen mit einer Delegation des Evangelischen Arbeitskreises (Teilnehmer: Peter von der Heydt, MdB; Dr. Gerd Langguth, MdB und Dr. Peter Egen) am National Prayer Breakfast (Nationales Gebetsfrühstück) in Washington teilgenommen hatte. Glauben und Leben durchdringen sich in der Person amerikanischer Christen „so intensiv, daß beides zur Einheit wird“, schreibt Hahn. Das Gebetsfrühstück habe den deutschen Politikern die noch heute „mächtigen religiösen Bindungen“ gezeigt, „die Leben und Politik dieser Nation bestimmen“. Seit über 30 Jahren kommen Mitte Januar der Präsident der Vereinigten Staaten, Senatoren und Diplomaten aus vielen Nationen sowie führende Bürger Amerikas zu einem gemeinsamen Frühstück zusammen. Danach sprechen die Politiker über den christlichen Glauben, lesen aus der Bibel und beten. Die Hauptansprache hielt in diesem wie im letzten Jahr Jimmy Carter. Der Baptist ermunterte die Politiker, die Konsequenzen aus ihrem christlichen Bekenntnis in der Politik wirksam werden zu lassen.

Kritik an Egon Bahr

Bonn: Wenig hilfreich waren nach Ansicht des Bundesgeschäftsführers des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Dr. Peter Egen, für die auf der Suche nach Frieden und Gerechtigkeit befindlichen Länder der Dritten Welt sowie für die entwicklungspolitische Diskussion hierzulande die Ausführungen des SPD-Bundesgeschäftsführers Egon Bahr auf dem Entwicklungspolitischen Kongreß der Kirchen.

Wer wie Bahr Gewalt zur Lösung von Konflikten bejahe, verwirke das Recht, als Garant einer Friedens- und Entspannungspolitik aufzutreten. Auch habe Bahr keinen neuen Denkanstoß mit seinen Ausführungen gegeben, denn es sei das erklärte Ziel der beiden großen Kirchen in der Bundesrepublik, weltweit friedliche Lösungen zu fördern und gewalttätige eindeutig zu verneinen. Bahr selbst habe sich mit seiner Ansicht an den äußeren Rand eines Spektrums gestellt, das in seiner eigenen Partei mehrheitlich keine Billigung erfahre.

Vor dem Ende? – Eine Reise durch Siebenbürgen

Fürth: Zu einem Vortrag unter dieser Überschrift hatten der Evangelische Arbeitskreis der CSU und die Frauen-Union in Fürth kürzlich eingeladen.

Im überaus gut besetzten Veranstaltungsraum der Gaststätte Langmann, begrüßt und bedankt von Frau Strobel-Schücking, sprach der langjährige Professor der Augustana-Hochschule Neuendettelsau, Dr. theol. Martin Wittenberg. Aufgrund einer vierwöchigen Reise durch Siebenbürgen im August und September 1978 berichtete er über die Lage des „sächsischen“ Volkes und der Evang. Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in diesem Teil der Sozialistischen Republik Rumänien. Besuche an vielen Orten des Landes, zahlreiche Gespräche mit Menschen aller Stände, sorgfältige

Studien ermöglichten ein lebendiges Bild. Es wurde noch belebt durch etwa 120 Dias, zumeist letztjährige Aufnahmen der aus Siebenbürgen stammenden Frau Katharina Weiß, die auch durch Mundartproben aus heimatlichem Volksgut und eine „sächsische“ Anrede an ihre Landsleute zur Atmosphäre des Abends beitrug.

Auch die entsetzliche Not der Jahre seit 1944 kam zur Sprache, etwa die Evakuierung zumal Nord-siebenbürgens durch die zurückgehende Wehrmacht; etwa die Zwangsarbeit aller erreichbaren sächsischen Männer und Frauen zwischen 17 und 45 Jahren von 1945 bis 1949 in Rußland; etwa die Übergabe ihrer Höfe an Nichtdeutsche und die Auflösung der Dorfgemeinschaften durch LPG und Staatsgüter. Noch näher an die Gegenwart heran führten Blicke auf die Umschichtung aller Lebensverhältnisse durch die Industrialisierung und die damit verbundene Proletarisierung, sowie auf die hinter scheinbarer Kulturautonomie betriebene Rumänisierung. Das große Problem der Kirche wuchs vor den Zuhörern auf, ob und wie sie als Leuchter lutherischen Christentums im Südostraum ausharren sollte. Und die schier unlösbare Frage stand im Raum, ob der Einzelne um der Freiheit und des besseren Fortkommens willen in das vor über 800 Jahren von den Vätern verlassene Deutschland zurückkehren dürfe, oder ob er in Treue zu seiner Heimat, seiner Sprache, seiner Sitte auch unter gewandelten Verhältnissen ausharren müsse, wo seine Toten begraben sind. Die anwesenden „Sachsen“ seufzten mit, als die Entwicklung einer sächsischen Gemeinde von über 660 Seelen (vor 1939) zu weniger als 30 alten Menschen (1979) nachgezeichnet wurde.

Ein im tiefsten Sinne ebenso „politischer“ wie „erbaulicher“ Abend.

Kirchen durch Sinnfragen gefordert

Altenkirchen: Auf einer Veranstaltung mit Pfarrern und Presbytern in Altenkirchen legte der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Kultusminister Prof. Dr. Roman Herzog, die Ziele und Aufgaben des EAK dar. Die Kirchen forderte er auf, sich nicht nur in diakonischen Aufgaben und in Aufgaben der sogenannten politischen Diakonie zu erschöpfen. Mehr und mehr forderten die Menschen Antwort auf die sich ihnen ganz neu stellenden Sinnfragen. Hierin liege eine Herausforderung, die die Kirchen nicht übersehen dürften.

EAK-Veranstaltung in Rummelsberg

Schwarzenbruck/Rummelsberg: „Sinn und Auftrag des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU“ lautete das Thema der ersten Veranstaltung des EAK-Ortsverbandes Schwarzenbruck/Rummelsberg im neuen Jahr.

Als Referenten des Abends konnte Arbeitskreisleiter Thomas Schmitt den Bundesgeschäftsführer, Dr. Peter Egen, begrüßen. Im Anschluß an ein Grußwort des CSU-Ortsvorsitzenden Herbert Schmid, erfolgte ein geistliches Wort des Brüderpfarrers Gerhard Kufner aus Rummelsberg.

„Alles was ihr tut, das tut von Herzen als dem Herrn und nicht den Menschen!“ zitierte er das Neue Testament.

Dieses Wort des Apostels Paulus im 3. Kapitel des Kolosserbriefes, mache deutlich, daß es sich bei dem „geistlichen Wort“ nur um ein Wort handeln könne, das versuche, „den Geist unseres Gottes in unserem

Denken, Reden und Tun Gestalt werden zu lassen.“

Ausgehend von der Jahreslosung 1979, „Gott schuf den Menschen ihm zum Bilde“ (1. Mose 1, Vers 27), gliederte er die Bestimmung des Menschen als Gottes Ebenbild in drei Orientierungsziele:

- mehr Frömmigkeit (Gottesbeziehung)
- mehr Weltlichkeit (Umweltbeziehung)
- mehr Menschlichkeit (Nächstenliebe)

Dr. Egen dankte Pfarrer Kufner für seine Orientierungshilfe und verband dies mit der Aussage, daß für den Protestanten jede Antwort eine neue Frage nach sich zöge. Der EAK verstehe sich nicht als „Wanderbühne“, sondern als ernstzunehmende evangelische Gruppierung der Unionsparteien.

Auf Pfarrer Kufner eingehend, vertrat Dr. Egen die Ansicht, das „U“ in der Union stehe für Union der Christen beider Konfessionen, sei aber leider oft seiner christlichen Wirklichkeit entzogen und verwässert worden.

Dr. Egen bedauerte die zunehmende Fraktionsbildung innerhalb der kirchlichen Synoden. Parteipolitische Diskussionen gehörten nicht in Kirchen und Synoden.

Die Wert- und Sinnfrage könne allerdings nur dort gestellt werden, wo über Inhalte der Werte diskutiert werde.

Fehle den Bürgern das Vertrauen zu den Parteien, so könnten sie auch dem Staat kein Vertrauen entgegenbringen.

In der anschließenden Diskussion bezeichnete es Dr. Egen schlichtweg als einen Skandal, daß gewalttätige Organisationen in Rhodesien (Patriotische Front) aus Mitteln des Weltkirchenrates (Sonderfonds des Antirassismusprogramms) unterstützt würden.

Gegen Demontage der Ehe

Die „Demontage der Ehe“ nimmt in der Bundesrepublik Deutschland „katastrophale Formen an“, äußerte Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger MdB, Neustadt/Aisch, kürzlich in Fürth. Durch die gegenwärtige Gesetzgebung würden Eheschließungen und Familiengründungen eher verhindert als gefördert. Eine grundsätzliche Aufgabe be-

steht nach Ansicht des Politikers und Synodalen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) darin, „wieder eine andere Einstellung zur Familie und damit zum Kind zu finden“. Werner Dollinger ist stellvertretender Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien.

Kurz notiert

Christen in Mozambique werden diskriminiert

Maputo: „In einer Situation der Hoffnung, aber auch der ernststen Besorgnis“ befindet sich die katholische Kirche in Mozambique. Dies stellten die Bischöfe des seit 1975 unabhängigen sozialistischen Landes in einem jetzt bekanntgewordenen Hirtenbrief fest. Der Brief bestätigt, daß Christen in Mozambique diskriminiert werden und bei Ausübung ihrer Religion große Schwierigkeiten überwinden müssen. Die Bischöfe sprechen auch von Ausweisung zahlreicher Missionare. Dennoch werden die Gläubigen ermutigt, weiterhin „großmütig und ohne auf materiellen Vorteil zu achten, für das Gemeinwohl zu arbeiten“.

Bergmann: 17. Juni muß Nationalfeiertag bleiben

Gegen eine jetzt hervorgetretene Aktion „18. März Nationalfeiertag in beiden deutschen Staaten“ hat sich der Evangelist und Publizist, Pfarrer Dr. Gerhard Bergmann, Halver, gewandt. Die Aktion unter der Schirmherrschaft von Pastor Heinrich Albertz, Berlin, und Ingeborg Drewitz von der Evangelischen Akademie Berlin will den 17. Juni als Nationalfeiertag abgeschafft wissen und tritt für einen gemeinsamen Feiertag von West- und Mitteldeutschland am 18. März ein, an dem 1848 in Berlin „die Arbeiter und Bürger im Straßen- und Barrikadenkampf Gruppen des preußischen Königs“ besiegten. Nach Auffassung von Bergmann ist es illusorisch, angesichts der scharfen Abgrenzungspolitik der SED einen „gemeinsamen Nationalfeiertag“ zu fordern. Der Vorschlag von Albertz und Drewitz sei aber vor allem deshalb zu verwerfen, weil eine Ablehnung der Erinnerung an den Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 im Widerspruch „zum Geist der Märzrevolution von 1848“ stehe, bei der für „elementare Menschen-

rechte und für eine demokratische Verfassung gekämpft wurde“.

Wer sich mit diesen Anliegen solidarisiere, dürfe nicht den 17. Juni als Nationalfeiertag abschaffen, da es 1953 ebenso um „politische Freiheit, Demokratie und Menschenrechte“ gegangen sei. Das Feiern dieses Gedenktages habe „nichts mit Nationalismus zu tun“. Es gehe vielmehr darum, vor den Menschen im anderen Teil Deutschlands und vor uns selbst zu bekunden, daß „wir zusammengehören, auch wenn uns politische Verhältnisse trennen“.

Terminhinweis:

EAK-Europatagung

Unter dem Leitthema „Evangelischer Auftrag für Europa“ führt der EAK-Bund zusammen mit dem EAK-Landesverband Baden in der Zeit vom 18. bis 19. Mai 1979 eine Regionaltagung Süd in Heidelberg durch.

Wir werden die Leser der Evangelischen Verantwortung in der nächsten Ausgabe ausführlich über das Programm informieren.

„Option für Sozialismus“ verbindet Studentengemeinden

Regensburg: Für weite Teile der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) sei die „parteiliche Option für den Sozialismus“ das Verbindende, während in Glaubensfragen eine große Vielfalt der Ansichten herrsche. Dies erklärte der Regensburger Studentenvorstand, Dr. Wolfhart Schlichting. Der Vorwurf, die ESG beschäftige sich vorwiegend mit linkspolitischen Themen, sei zwar „pauschal, aber nicht ganz falsch“. Dem Kurs der Gesamt-ESG stellte Schlichting das Konzept der Hochschulgemeinde Regensburg gegenüber. Das Bekenntnis zu Jesus Christus bilde den Mittel-

punkt ihres Gemeindelebens. Das komme in den sonntäglichen Abendmahlsgottesdiensten ebenso zum Ausdruck wie auch in den mehrmals täglich stattfindenden Gebetsgruppen und in den Bibelgesprächskreisen. Das politische Engagement fehle nicht in der Regensburger ESG, doch unterscheide es sich „erheblich“ von den anderen Studentengemeinden. Man versuche, schwerpunktmäßig mit den konträr gerichteten Gruppierungen an der Universität ins Gespräch zu kommen. Daneben gebe es mehrere Arbeitskreise, die sich beispielsweise mit Fragen der Wirtschaftsethik und alternativen Lebensformen befassen. „Wir möchten“, betonte der Regensburger Studentenvorstand, „daß die politische Verantwortung wirklich aus dem christlichen Glauben heraus wahrgenommen wird.“

Unterstützung von Befreiungsbewegungen: Kein Konsens

Bonn: Keine Übereinstimmung gab es beim Entwicklungspolitischen Kongreß der Kirchen in Bonn-Bad Godesberg in der Frage der Unterstützung von Befreiungsbewegungen. SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr hatte sich nicht nur für humanitäre, sondern auch für politische und wirtschaftliche Hilfe an solche Befreiungsbewegungen ausgesprochen, die offensichtlich von der Bevölkerung getragen werden oder die als Sprecher der Betroffenen von den Vereinten Nationen anerkannt sind. „Dabei müssen wir uns bewußt sein, daß auch bei klarer Abgrenzung der Verweigerung von Waffen und Munition jede andere Ware oder jede finanzielle Hilfe den bewaffneten Kampf erleichtert“, meinte Bahr.

Der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl hatte dagegen erklärt, die CDU könne keine Hilfe an eine Bewegung geben, welche die gewaltsame Durchsetzung auch anerkannt erstrebenswerter Ziele fördert. CSU-Sprecher Dr. Theo Waigel ergänzte, die CSU wolle kein Komplize des Unrechts sein, denn Un-

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Kultusminister Prof. Dr. Roman Herzog; Dr. Werner Dollinger, MdB; Prof. Dr. Wilhelm Hahn, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdB; Friedrich Vogel, MdB • Redaktion: Dr. Peter Egen, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK – Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.

recht sei es, wenn unschuldige Menschen von solchen Bewegungen bewußt getötet würden. In der Diskussion meinte Egon Bahr, er könnte dem CSU-Standpunkt folgen, wenn das Unrecht und das Töten von Unschuldigen durch die Südafrikanische Republik die CSU zu dem Ergebnis führen würde, jede wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südafrika einzustellen.

Beobachtern beim Entwicklungskongreß war aufgefallen, daß die dort den Teilnehmern ausgehändigte Erklärung zum Gespräch zwischen SPD und Kirchen im Pro-

gramm „Entwicklung als internationale soziale Frage“ keine Stellung bezog zur Frage der Unterstützung von Befreiungsbewegungen, wohl aber eine Übereinstimmung bezüglich des Grundsatzes der Gewaltlosigkeit bei der Lösung politischer und gesellschaftlicher Konflikte und der Anerkennung des Widerstandsrechtes feststellte. Wie von Gesprächsteilnehmern verlautet, ist man zwar in der Beurteilung der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika weithin zu einer Übereinstimmung gelangt, nicht aber in der Frage ihrer Unterstützung.

Wie zu erfahren war, hat sich der Katholische Arbeitskreis Entwicklung und Frieden (KAEP) in einem Positionspapier klar gegen jegliche Hilfe an solche Befreiungsbewegungen ausgesprochen, die Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele anwenden. Er befindet sich damit in Übereinstimmung mit dem Synodenbeschluß zu „Entwicklung und Frieden“ und den päpstlichen Aussagen. Kirchliches Handeln sei dem Grundsatz der Gewaltlosigkeit nach dem Verständnis der Botschaft Christi verpflichtet.

Zum Tode von Dr. Traugott Bender

Am 5. Februar 1979 ist Dr. Traugott Bender, noch nicht 52jährig, an den Folgen eines Schlaganfalles verstorben.

Traugott Bender war allen, die ihn kannten, der Inbegriff eines aus christlicher Überzeugung handelnden Politikers. Die christliche Grundhaltung mag im Elternhaus vorgezeichnet gewesen sein – Traugott Bender war der Sohn des badischen Landesbischofs Julius Bender – und sie mag im persönlichen Erleben des jungen Mannes, der schon mit 16 Jahren zum Kriegsdienst eingezogen wurde, bestärkt worden sein. Daß der nachdenkliche, ja empfindsame, sich selbst und seine Positionen stets „hinterfragende“ Mann sich aber in den Dienst der Politik stellte und seine Überzeugungen dort nicht nur kundtat sondern lebte, war ganz seine eigene Entscheidung. Er hat sie gewiß nicht immer mit gleicher Intensität für richtig angesehen. Aber er hat sie mit der ihm eigenen Konsequenz durchgehalten.

1959–1972 gehörte Traugott Bender dem Stadtrat von Karlsruhe an.

Seit 1964 war er Mitglied des baden-württembergischen Landtages.

1972–1977 diente er dem Lande Baden-Württemberg als Justizminister.

Weniger bekannt, für ihn aber nicht weniger wichtig, waren seine Verpflichtungen im kirchlichen und diakonischen Bereich, vor allem der Vorsitz im Diakonischen Werk der Evangelischen Landeskirche Baden.

Im Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU war er Landesvorsitzender in Baden und Mitglied des Bundesvorstandes – unermüdlich darauf ausgerichtet, das Gespräch zwischen der Evangelischen Kirche und den Unionsparteien in Gang zu halten und immer wieder neu zu beleben.

Traugott Bender hat aus Prinzipien gelebt und gehandelt. Das ist am deutlichsten geworden, wo diese Prinzipien mit seinen eigenen Wünschen und Gefühlen kollidieren mußten. Mit seinem Rücktritt als Justizminister übernahm er die Verantwortung für Geschehnisse, die er am wenigsten zu vertreten hatte. Seine Kollegen, in deren Amtsbereich ähnliches geschehen war, fanden genug Gründe, warum sie nicht zurückzutreten brauchten – er hat diesen einfachen Weg für sich abgelehnt.

In der Union und im Evangelischen Arbeitskreis war Traugott Bender ein unermüdlicher Mahner zu prinzipiellem Denken und Entscheiden. Er hat nicht aufgehört, für Offenheit und Toleranz zu plädieren, wo sie am Platze waren. Wo für ihn Grundsatzpositionen in Frage standen, gehörte er aber zu denen, die dem bequemen Kompromiß widerstanden. Das hat ihn für uns unersetzlich gemacht.

Roman Herzog